

Hopfenweg 21  
PF 5775  
CH-3001 Bern

Bundesamt für Gesundheit  
Direktionsbereich Kranken- und  
Unfallversicherung  
Abteilung Versicherungsaufsicht  
Hessstrasse 27E  
3003 Bern

[corinne.erne@bag.admin.ch](mailto:corinne.erne@bag.admin.ch)

Bern, 31.5. 2013

## **Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ - Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu oben erwähntem Geschäft Stellung nehmen zu können.

### **1. Grundsätzliche Überlegungen**

Die heutige Situation im Krankenversicherungsmarkt ist aus Sicht von Travail.Suisse und Syna unbefriedigend. Das System ist in seiner heutigen Ausgestaltung schwer steuerbar. Die Jagd nach guten Risiken seitens der Krankenkassen stellt ein Missstand dar, der behoben werden muss. Die heute zu enge Verflechtung von Grund- und Zusatzversicherung führt zu Intransparenz. Die Transaktionskosten durch häufige Kassenwechsel sind hoch. Nebst der Mengenausweitung und den hohen Medikamentenpreisen tragen auch der ineffiziente Wettbewerb und die hohen Verwaltungskosten zur Kostensteigerung bei. Die Prämien stellen in der Quintessenz eine zunehmend hohe Belastung für die Arbeitnehmenden dar.

Aus diesen Gründen unterstützen Travail.Suisse und Syna insbesondere das Vorgehen gegen die Risikoselektion und gegen den Pseudo-Wettbewerb. Diese Anliegen werden sowohl mit der Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ als auch mit dem nun vorliegenden Gegenvorschlag vorangetrieben.

## **2. Zu den einzelnen Punkten des indirekten Gegenvorschlags**

### **Verfeinerung Risikoausgleich**

Eine Verfeinerung des Risikoausgleichs ist unabdingbar. Das Krankheitsrisiko ist in der Bevölkerung sehr unterschiedlich verteilt. Heute generieren rund 10 Prozent der Bevölkerung rund 70 Prozent der Kosten. Ein Risikoausgleich, der nur auf den Kriterien Alter und Geschlecht basiert, erlaubt es den Krankenkassen vor diesem Hintergrund das Solidaritätsprinzip zu unterwandern, in dem gezielt gute Risiken angeworben und schlechte fern gehalten werden. Mit dem Kriterium „Spitalaufenthalt im Vorjahr“ erfuhr das System eine erste Verfeinerung. Nun sollen weitere Indikatoren, welche auf ein erhöhtes Krankheitsrisiko hindeuten – wie z.B. die Medikamentenkosten - beigezogen werden können. Travail.Suisse und Syna befürworten eine solche Verfeinerung des Risikoausgleichs mit weiteren Indikatoren, welche auf dem Verordnungsweg festgelegt werden können.

### **Rückversicherung für sehr hohe Kosten**

Wir begrüßen die Einführung einer obligatorischen Rückversicherung für sehr hohe Kosten. Sie verfolgt wie der Risikoausgleich das Ziel, die Leistungen derjenigen Versicherten, welche ein hohes Krankheitsrisiko haben, möglichst solidarisch zu finanzieren. Ebenfalls unterstützen wir die Idee, dass die Krankenkassen als Erstversicherer via Selbstbehalt einen Anteil der die Schwelle übersteigenden Kosten mittragen. Dadurch besteht weiterhin ein Anreiz zur Kostenkontrolle. Bezüglich des Schwellenwertes, ab welchem der Hauptanteil der Kosten von der Rückversicherung an die Krankenkasse rückerstattet wird, bevorzugen wir Variante 1 mit dem tieferen Schwellenwert von 16'296 Franken (Das Sechsfache der durchschnittlich vergüteten Leistungen). Damit wird der Anreiz zur Risikoselektion weiter minimiert.

### **Trennung von Grund- und Zusatzversicherung**

Das heutige System lässt es zu, dass Krankenkassen die Grund- und Zusatzversicherung in derselben Gesellschaft anbieten. Damit ist das System anfällig auf Quersubventionierungen. Zudem ist die Gewährleistung des Datenschutzes damit schwierig zu realisieren. So können Patientendaten aus der Zusatzversicherung weitere Aufschlüsse für die politisch ungewollte Risikoselektion geben. Aus diesen Gründen unterstützen Travail.Suisse und Syna eine stärkere Trennung von Grund- und Zusatzversicherung.

Für Travail.Suisse und Syna fehlen im vorliegenden Gegenvorschlag vermehrte Anreize für die Krankenkassen bezüglich einer gemeinsamen und wirkungsvollen Prävention wie sie mit einer öffentlichen Krankenkasse möglich wäre. Auch muss der Bundesrat besser aufzeigen, wie die Informationsbarrieren im Rahmen des Gegenvorschlags zur Sicherstellung der Trennung von Grund- und Zusatzversicherung aussehen können.

\*\*\*

Wir hoffen, dass Sie unseren Bemerkungen Rechnung tragen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Flügel'.

Martin Flügel  
Präsident Travail.Suisse

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. Regotz'.

Kurt Regotz  
Präsident Syna